

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	03/2023
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	07.03.2023
Zeit:	18:00 Uhr – 19:15 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser und Schlüchtermann; Stadträte Katzenstein und Konrad <u>FW</u> Stadträtinnen Erles und Streib; Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl und Wachert <u>CDU</u> Stadträtinnen Oppelt und von Reumont Stadträte Bernauer, Schendzielorz und Wagner <u>SPD</u> Stadträtinnen Linier, Stadträte Bergsträsser, Hertel und Schimpf <u>Linke</u> Stadtrat La Licata <u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch <u>Ortsvorsteher</u>
weiter anwesend:	
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Striegel, Weichert, Weber und Welter Stadträte Hornung und Schmitz, Ortsvorsteher Erles
Urkundspersonen:	Stadträte Bernauer und Konrad
Sachvortrag:	Herr Seidel (FB 5)
Schriftführerin:	Frau Thiele

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 19 Uhr.

1.1: **Windpark Lammerskopf – Weiteres Vorgehen**

1.2: **Sachvortrag:**

1.3: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein fragt, ob die blaue Linie in der aufgerufenen Grafik mit den Nachbargemeinden abgestimmt sei.

Der Bürgermeister bestätigt dies.

Dr. Gilbert vom Klimaschutzbeirat sagt, der Klimaschutzbeirat begrüße das Verfahren, die Anlagen zu erstellen und auch das Sonderverfahren. Die Neckargemünder Fläche sollte auf jeden Fall eingebracht oder selbst vermarktet werden. Es gehe nicht ums Können oder Sollen, sondern ums Machen.

Stadtrat Katzenstein spricht für seine Fraktion: man freue sich, dass Wind in die Sache komme und über den Ausbau der erneuerbaren Energie. Forst BW mache sehr viel Druck. Man freue sich über die angrenzende Fläche, die eingebracht werden könne und sei der Verwaltung sehr dankbar, dass sie die Aufnahme der Teilfläche voranbringe. Wichtig sei, dass der Artenschutz gewahrt bleibe und ein artenschutzrechtliches Gutachten erstellt werde. Außerdem gebe es dort einen alten Buchenbestand, in Form kleiner Inseln, die schützenswert seien. Da müsse geschaut werden, dass diese erhalten blieben. Die Bürgerbeteiligung halte man für sehr wichtig. Im Hunsrück sei die Akzeptanz sehr groß gewesen. Das Geld solle möglichst vor Ort bleiben, denn besonders der Stadt täte der Pachtbetrag gut. Noch schöner wäre natürlich, wenn über die Pacht hinaus sich auch Bürger beteiligen könnten.

Stadtrat Rehberger spricht für die Freien Wähler. Er weist eingangs auf die letzten drei noch existierenden Atomkraftwerke hin, die bald abgestellt würden. Man sehe es als richtige Entscheidung und müsse sich nun fragen, wo zukünftig der Strom herkomme. Man habe noch die Wind-, Solar- und Wasserenergie, wobei letzteres eher theoretisch sei. Wenn schon mit Forst BW gebaut werden solle, dann solle Neckargemünd auch partizipieren und das Gebiet einbringen. Wichtig sei ihnen auch das Sonderverfahren, damit die Wertschöpfung in der Region bleibe. Man möchte es herausgelöst haben, da sonst nur Großkonzerne zum Zuge kämen und das Geld sonst wo lande. Es müsse noch geklärt werden, welche Fläche pro Windrad verbraucht werde, ob Ausgleichsflächen geplant seien und eine Umweltverträglichkeitsstudie gemacht werde.

Stadträtin von Reumont sagt, die CDU begrüße die Initiative ausdrücklich, hätte sich aber mehr Zeit gewünscht, um alles breiter zu diskutieren. Grundsätzlich seien die Unterlagen gut, doch bei dem Sonderverfahren, das wohl ein vereinfachtes Verfahren sei, wäre nicht ganz klar, welches der für ein Sonderverfahren als Voraussetzung genannten Punkte genau gemeint sei. Sie tippe auf Punkt 6 und frage nach den Merkmalen, die das näher beschreiben und ob man da wirklich einzuordnen sei. Sie würden Wert darauf legen, dass die Wertschöpfung in der Region bleibe. Es seien ja große Mengen an Energie und auch spannend, wie man das aufteile. Es sei großartig, wenn Bürgerenergiegenossenschaften und Bürger profitieren könnten, die Pacht wäre für die Stadt gut. Es sei sinnvoll einen Antrag zu formulieren, der sich an den Projektierer wende, damit die eigene Fläche nicht so verbaut werde, dass man

selbst dann nichts mehr machen könne. Sie würde gerne verstehen, wie der weitere Ablauf wäre.

Stadtrat Schimpf erklärt, die SPD könne sich den genannten Punkten anschließen. Es sei gut, wenn Baden-Württemberg als großer Stromverbraucher auch verstanden habe, dass man auch Strom erzeugen müsse. Die Landesdachflächen, die mit PV-Anlage versehen sind, seien traurig gering. Man begrüße den Schwung, nur nicht den Überschwing. Es solle nicht schnell gemacht werden, was nicht gut bei Bürgern oder Kommunen ankomme. Er sei Fan von genossenschaftlichen Initiativen und hoffe auf eine positive Abstimmung.

Stadtrat La Licata ist pro Windenergie. Gar nichts zu machen komme für ihn nicht in Betracht. Erneuerbare Energien helfen unabhängiger zu werden. Bei einer Einbringung ergebe das für die Stadt nicht unerhebliche finanzielle Vorteile durch Pacht. Lieblings-Gegenargumente seien Anblick und Artenschutz. Da müsse man sich zum Vergleich mal den Braunkohletagebau ansehen. Da könne man nicht mehr sagen, es sehe schlimm aus.

Stadtrat Fritsch sagt, Klimaschutz und dem Klimawandel entgegensteuern würden alle wollen. Er habe sich schlau gemacht und Baden-Württemberg suche Investoren. Die Zahl der Windräder sei noch nicht ganz klar. In der Rhein-Neckar-Zeitung habe er vom Bürgerwindpark mit 6 Anlagen gelesen. Die Stadt Heidelberg sei für den Lammerskopf zuständig und würde dort keine Anlagen hinstellen wollen. Man sollte mitmachen und alle anderen hätten schon fast alles gesagt. Es dürfe die Stadt jedoch nichts kosten. Es sei sehr lukrativ und man wolle auf Elektro umstellen. Es sollten mit Schönau und Heidelberg Möglichkeiten gefunden werden.

Der Bürgermeister dankt für das Feedback. Die Stadt Heidelberg sei nicht für den Lammerskopf zuständig. Schönau und Heidelberg seien nur Passagiere, da alles Staatswald sei. Nur man selbst bestimme über die Fläche, da es sich um eine eigene Fläche handle. Die Stadt Heidelberg habe vor Jahren bei einer Planung den Berg ausgeschlossen und eine andere Windfläche festgelegt, welche wegen Beeinträchtigung von Forschungseinrichtungen nicht umgesetzt wurde. Zur Frage nach einem Flächenausgleich: es müssten auch hier von Forst BW Naturschutzvorgaben beachtet werden. Er stelle fest, dass die Vorgaben bei Windenergieanlagen deutlich geringer als bei einem Feuerwehrhaus seien. Man rede hier immerhin von einem FFH-Gebiet. Für die Standfläche müsse eine Fläche von ca. 70 x 70 Meter gerodet werden. Wasserkraft haben man auch eruiert wegen der Lage am Neckar, der aber nicht mehr genug Fließgeschwindigkeit habe. Über ein Flusswärmekraftwerk könne man nachdenken. Beim weiteren Ablauf sei man an die Geschwindigkeit von Forst BW gebunden. Hinsichtlich des Sonderverfahrens habe man die Begriffe von Forst BW übernommen, damit es nicht zu unübersichtlich werde. Es handle sich dabei den 6. Punkt – regionale und wirtschaftspolitische Zielsetzung und eigene Stadtwerke seien sicherlich eine Argumentation, die man verfolgen könne. Entscheidend sei, was Forst BW mache. Wenn keine Bewegung erfolge, bleibe nur die Option, es selbst zu vermarkten oder einfach einzubringen. Eine Eigenvermarktung hält man für möglich aber schwierig. Die Zuwegung wäre im großen Verbund viel einfacher.

Stadtrat Katzenstein sagt zur Frage nach der Ausgleichsfläche, es würden viele Gespräche laufen. Die Gemarkung gehöre zu seinem Wahlkreis und er führe auch in Stuttgart Gespräche. Man müsse an den Forstminister ran. Aufforstungsmaßnahmen

sein erforderlich und sollten gemacht werden. In der in der Sitzung gezeigten Karte habe man 2 Anlagen eingezeichnet, was so schwierig werde. Die Bodenfläche für den Sockel betrage ca. 100 qm, die dann geschottert würden und man für Holzablagerung nutzen könne. Auch so werde Fläche ausgeglichen.

Stadtrat Hertel wundert es, dass es in einer Sitzung vor 6 oder 7 Jahren geheißen habe, der Lammerskopf sei nicht so ideal. Die Priorität habe sich wohl geändert und man sehe Sachen anders. Das Verfahren, was früher ewig gedauert hätte, werde nun ohne Probleme gehen. Es sei etwas komplett Anderes als ein Braunkohlegebiet. Energie gebe es auch bei Windkraft nicht absolut störungsfrei. Trotzdem sei es eine gute und wichtige Möglichkeit. Es wäre schön, auch von der Energie zu partizipieren. Wenn Forst BW nur eine Großausschreibung anstrebe, dann solle man die Fläche besser alleine ausschreiben.

Stadtrat Fritsch fragt, ob die blauen Ringe in der Grafik die Windräder zeigen sollten. Er weist weiterhin darauf hin, dass Rheinland-Pfalz die Weinstraße zur Tabuzone erklärt habe. Hessen habe einen Geopark geschaffen. Wenn man es machen könne und die Windverhältnisse reichen, dann müsse man dranbleiben. Forst BW habe den Anfang gemacht, und wenn der Bürgermeister ohne Kosten mitmachen könne, dann machen.

Der Bürgermeister bestätigt, dass es sich bei den Ringen um die möglichen Anlagenpositionen handle und erklärt, er selbst könne nicht Ja oder Nein sagen, das Gremium sei der Entscheidungsträger. Er habe die Grundlagen und Optionen erklärt, einen Beschlussvorschlag formuliert und angepasst. Es sei ganz klar, dass man die Stadtwerke Heidelberg und Bürgerenergiegenossenschaften im Boot haben wolle. Man trete an Forst BW mit der Bitte heran, das Gebiet zu teilen und einen Teil explizit für die regionale Wertschöpfung vorzusehen.

Stadtrat Konrad möchte die Kooperation der Kommunen unterstreichen. Schönau habe vor allem den Anblick und könne nichts daran verdienen. Es sollte aus interkommunaler Fairness gemacht werden.

Stadträtin von Reumont ergänzt, sie sei froh, dass man die Antragsidee einbringen könne. Wenn alle Stricke reißen, dann müsse man trotzdem dafür sorgen, dass auf der eigenen Fläche nichts verbaut werde.

Der Bürgermeister meint, das werde extrem schwierig. Man könne einen kleinen Fuß reinbringen, weil man als einziger eine eigene Fläche habe. Die Schönauer haben die Anlagen im Süden, wir im Norden und somit keinen Schatten, was es der Stadt leichter mache. Er habe noch keine Visualisierung in 3D gesehen, daher könne zur Positionierung noch nicht viel gesagt werden.

Stadträtin von Reumont verlangt, das sichergestellt wird, dass eigener Grund für Anlagen nicht von anderen blockiert werde.

Der Bürgermeister beruhigt, man sei im Gespräch mit ForstBW und wenn es anders komme, soll eine eigene Anlage möglich bleiben.

Stadträtin von Reumont fragt, wie viel Energie von einer Anlage produziert werde und was man damit betreiben könne.

Der Bürgermeister habe dazu verschiedene Zahlen gelesen.

Stadtrat Katzenstein nennt als „Hausnummer“ 5 Megawatt pro Anlage.

Der Bürgermeister sagt, eine Anlage könne um die 4000 Einwohner versorgen. Es würde von vielen Faktoren abhängen. Ob zum Beispiel Wind weht oder gerade Strom gebraucht werde.

Stadtrat Katzenstein merkt an, bei 5 Megawatt reiche der Strom für ca. 3.500 Haushalte.

Der Bürgermeister bestätigt, so in etwa 5 Megawatt sollten es laut den Unterlagen werden.

Stadträtin von Reumont fragt weiter, ob damit dieses Beispiel gemeint sei?

Der Bürgermeister bejaht dies. Planer müssten nun sehen, was tatsächlich draufgeht. Es werde über alle drei Beschlüsse einzeln abgestimmt.

Für Stadtrat Fritsch ist Punkt 2 wichtiger als Punkt 1.

Der Bürgermeister erklärt, Punkt 1 sei das, was die Stadt tun könne. Bei Punkt 2 appelliere man an Forst BW und bei Punkt 3 darum, noch einmal gefragt zu werden, falls Punkt 2 nicht gehe.

1.4: **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die in der Sitzung vorgestellte Teilfläche des Flurstücks 2005 (Gemarkung Neckargemünd) im Distrikt „Felsenberg“ in die aktuelle Planung von Windenergieanlagen durch ForstBW in Form einer Ausschreibung im Sonderverfahren mit etwa 4 bis 5 WEA einzubringen. Basis der Planung soll hierbei das Leuchtturmprojekt des Konsortiums von Trianel, Stadtwerken Heidelberg und den regionalen Bürgerenergiegenossenschaften sein.

2. Der Gemeinderat legt einstimmig großen Wert darauf, dass die Wertschöpfung aus den installierten Windenergieanlagen in der Region verbleibt, und fordert ForstBW und die zuständigen Landesministerien auf, die Flächen auf dem Flurstück 1972 (Gemarkung Schönau) und auf dem Flurstück 51074/29 (Gemarkung Heidelberg) gemeinsam mit den unter 1. genannten Flächen im Sonderverfahren zu vergeben.

3. Sofern ForstBW entgegen dieses Appells weiterhin an einer Angebotsvergabe festhält, wird sich der Gemeinderat erneut mit der Vergabe der Teilfläche des Flurstück 2005 (Gemarkung Neckargemünd) im Distrikt „Felsenberg“ beschäftigen. Dieser Beschluss wurde einstimmig bei einer Enthaltung gefasst.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Bernauer

Die Schriftführerin

Stadtrat Konrad